



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV/123 - 30. Mai 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-88

Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichter in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

3 - 3

Das Abrüstungsgespräch (II)

110

Wie man in Kanada über das Abrüstungsproblem denkt

Von Fritz Erler, MdB

4

Dirigierte Wahlen

55

Auch die Mitglieder des Politbüros kandidieren in der CSR

5 - 6

"Die DRP-Versammlung findet nicht statt!"

67

In Gelsenkirchen konnten die "Ehemaligen" nicht landen

7 Zur Dokumentation:

Acht Fragen an Eisenhower

32

Worum es dem Untersuchungsausschuß des US-Senats zur Prüfung  
der Ursachen des Scheiterns der Pariser Gipfelkonferenz geht

Zur Beachtung:

Die Artikelserie von Fritz Erler, MdB,  
wird morgen abgeschlossen.

\*

\*

### Das Abrüstungsgespräch (II)

Wie man in Kanada über das Abrüstungsproblem denkt  
Von Fritz Erlar, MdB

In Genf haben zwei Konferenzen monatelang verhandelt und sind dann festgefahren. Es handelt sich um die Konferenz der drei Atom-  
mächte USA, Sowjetunion und Großbritannien über die Einstellung der  
atomaren Versuchsexplosionen und um die Zehn-Mächte-Konferenz aus  
Ost und West über die Ausarbeitung eines Abkommens zur allgemeinen  
Begrenzung und Kontrolle der Rüstungen. Beide Konferenzen haben sich  
nicht aufgelöst, sondern bis nach der Gipfelkonferenz vertagt. Na-  
türlich hatte man die Hoffnung, daß die Gipfelkonferenz diesen Be-  
sprechungen einen erneuten Anstoß zur Überwindung des toten Punktes  
geben würde. Diese Hoffnung ist mit dem Scheitern der Gipfelkonferenz  
einstweilen dahin, obwohl die Verhandlungen in Genf weitergehen.

Jetzt kommt es darauf an, die in Genf angeknüpften Fäden nicht  
einfach abreißen zu lassen, sondern weiterzuspinnen. Es war interes-  
sant, in der letzten Phase der Vorbereitung zur Gipfelkonferenz, das  
heißt noch vor der Außenministerkonferenz der NATO in Istanbul, in  
einer langen Unterredung mit dem kanadischen Außenminister Green und  
in vielen Besprechungen an den verschiedensten Orten Kanadas die Vor-  
stellungen dieses NATO-Partners über die westliche Abrüstungspolitik  
näher kennenzulernen.

#### Gegen Erweiterung des "Atomclubs"

Kanada setzt sich seit langem für eine vertraglich vereinbarte  
Beendigung der Versuchsexplosionen ein. Es fürchtet, daß ohne eine  
solche Vereinbarung die Zahl der Atomkräfte so stark anwächst, daß  
jeder Konflikt auch zwischen kleineren Staaten ohne weltpolitische  
Verantwortung zu einem Atomkonflikt mit schwersten Konsequenzen für  
alle werden könnte. Außerdem ist ein Abkommen über die Begrenzung  
und hoffentlich sogar schließlich über die unter Kontrolle vorzu-  
nehmende Abschaffung der atomaren Massenvernichtungsmittel kaum  
noch zu erreichen, wenn man es nicht mehr mit einer kleinen Gruppe  
von Staaten, sondern mit einer Vielzahl von Regierungen zu tun hätte.

Jede einzelne hätte die Möglichkeit, ein Abkommen von der Erfüllung ganz besonderer eigener Wünsche abhängig zu machen, also ein Stück atomarer Erpressung zu betreiben. Die Verhärtung der französischen Position in der Abrüstungsfrage seit der Explosion der ersten französischen Atomombe in der Sahara gibt davon einen Vorgeschmack.

Deshalb hat übrigens die kanadische Regierung bei der Anwesenheit des französischen Staatspräsidenten de Gaulle in Kanada unter Betonung der Übereinstimmung in allen anderen westlichen Fragen ihre abweichende Haltung in der Frage der Schließung des Atomklubs deutlich sichtbar gemacht und das nicht hinter diplomatischen Höflichkeitsfloskeln verborgen. Die kanadische Politik hatte schon in den vergangenen Jahren bei den Londoner Besprechungen im Abrüstungsunterausschuss der Vereinten Nationen die Bemühungen um eine zahlenmäßige Begrenzung der konventionellen Streitkräfte tatkräftig unterstützt. Diese Bemühungen scheiterten damals bekanntlich nicht nur an dem sowjetischen Widerstand gegen eine angemessene Kontrolle, sondern auch an den damals noch vorhandenen Plänen für den Ausbau der Bundeswehr auf 500 000 Mann, die inzwischen ja erheblich reduziert wurden.

#### Wo bleibt die deutsche Abrüstungsinitiative?

Nach dem in Kanada gewonnenen Eindruck würden unsere Vertragspartner in der NATO eigene deutsche Gedanken zur Abrüstungsfrage durchaus begrüßen. Die Bundesregierung sollte sich nicht nur auf die Rolle des Zuschauers beschränken, der erklärt, jedes Abkommen annehmen zu wollen, auf das sich die Großmächte einigen würden. Die Bundesregierung sollte sich vielmehr ihrer Rolle als kleinere Macht im Verband der NATO bewußt und aus dieser Interessenslage heraus Rüstungsbeschränkungen in Ost und West zu akzeptieren bereit sein, die auch in Zukunft einen Qualitäts- und Quantitätsunterschied zwischen den Weltmächten und den anderen Staaten aufrechtzuerhalten. Andere wird keine Lösung zu erzielen sein. Die Großmächte werden nicht hinnehmen, durch ein Abrüstungsabkommen ihrer derzeitigen Führungsposition verlustig zu gehen. Dennoch ist ein Abkommen, das gewisse Abstände zwischen den Großen und den Kleinen wahrt, gegenüber dem blinden Wettlaufen und seinen Gefahren ein wesentlicher Fortschritt.

### Wettrüsten blockiert Lösung der deutschen Frage

Solange das Wettrüsten weitergeht, bleibt auch die deutsche Frage unlösbar. Nur Fortschritte in der Abrüstung können die Voraussetzungen für aussichtsreichere Erörterungen in der deutschen Frage schaffen. Erst wenn die Teile Deutschlands nach Beendigung des Wettrüstens für Ost und West nicht mehr die gleiche Bedeutung als militärischer Faktor haben, sind die mit der Wiedervereinigung zusammenhängenden Sicherheitsprobleme zu lösen. Auch dieser Zusammenhang fand jenseits des Ozeans volles Verständnis.

### Sicherheitszonen

Die Gespräche berührten manchmal auch das Thema der Überwachungs- und Schutz zonen zum Schutz gegen Überraschungsangriffe. Gegen plötzliche unwillkürliche Vernichtung durch Raketen mit Wasserstoffbomben gibt es praktisch keinen Schutz. Dagegen hilft in der Zukunft nur die Ausschaltung derartiger Waffen durch Vertrag und unter Kontrolle. In der Gegenwart besteht der Schutz einmal in dem Bewußtsein jedes Beteiligten, daß eine solche Tat eine furchtbare Vergeltung auch für ihn selbst heraufbeschwören würde. Zweitens in dem mangelnden Interesse irgendeiner Großmacht, durch einen solchen Wahnsinnakt die gesamte übrige Menschheit gegen sich aufzubringen.

Für uns in Mittel- und Westeuropa gibt es aber das Problem des Schutzes gegen handstreichartige Besetzung bestimmter Gebiete. Dagegen kann man nützliche Vorkehrungen treffen durch die Überwachung von Verkehrsanlagen, Flugplätzen, Aufmarschmöglichkeiten und schließlich auch durch eine Vereinbarung über die kontrollierte Herabsetzung der konventionellen Streitkräfte. Mit Wasserstoffbomben kann man nämlich kein Land besetzen, sondern nur mit Truppen, die zu Land, zu Wasser oder in der Luft in das betreffende Gebiet gebracht werden. Inspektionszonen gegen Überraschungsangriffe sind infolgedessen gerade für Europa besonders wichtig.

### Aufgabe der Bundesregierung

Es wäre zu hoffen, daß die Bundesregierung nicht wieder versucht, derartige Zonen in Europa zu verhindern und sie statt dessen auf die Arktis abschiebt. Die Arktis ist sicher für Kanada, die USA und die Sowjetunion sehr wichtig. Für uns kommt es aber vor allem auf das europäische Gebiet an. Vereinbarungen über die schrittweise Schaffung solcher Zonen, zu denen ja auch Anregungen des NATO-Oberbefehlshabers Korstad vorliegen, würde die Erörterung der politischen Probleme im Herzen Europas nicht erschweren, sondern erleichtern. Jetzt kommt es darauf an, nach der gescheiterten Gipfelkonferenz nicht zu warten, bis die Sowjetunion neuen Druck ausübt, sondern die diplomatische Initiative für den Westen zurückzugewinnen. Wer selbst Gedanken vorlegt, zwingt die andere Seite dazu, sich mit seinen Gedanken zu beschäftigen. Wer immer auf den anderen wartet, kommt unversehens in die nachteilige Haltung der reinen Abwehr hinein.

+ + -

- 4 -

(wird fortgesetzt)

### Dirigierte Wähler

zh - Im Juni finden in der Tschechoslowakei an gleichen Tage Wahlen für das Parlament sowie für die Nationalräusschüsse der Kreise, Bezirke und Gemeinden statt. Die Wahlen erfolgen auf Einheitslisten der von der Kommunistischen Partei geführten und beherrschten Nationalen Front und erschöpfen sich praktisch darin, daß die Wähler die zahlreichen Listen in die dafür bestimmten Urnen in den entsprechenden Wahllokalen richtig einwerfen. Die sogenannte Wahlagitatorien beschränkt sich im wesentlichen auch darauf, die Abgabe der verschiedenen Listen richtig zu organisieren und die Wähler zu veranlassen, am Wahltag möglichst bald und hundertprozentig ihr "Wahlsoil" zu erfüllen. Es wird eine "einmütige Vertrauenskundgebung" der Bevölkerung erwartet, was (bis auf die Kranken) eine fast hundertprozentige Wahlbeteiligung und ein gleich hohes Stimmquotum für die Einheitslisten bedeutet.

In den überall einberufenen "Wahlversammlungen" werden die Kandidaten der Bevölkerung "vorgestellt". Bei dieser Gelegenheit entwickeln die Kandidaten ihr Programm, und die Wähler können Vorschläge machen und Anträge stellen, die sich jedoch nicht auf die Person des Kandidaten beziehen dürfen. Auch das Politbüro der Kommunistischen Partei hat seine Mitglieder und die Sekretäre des Zentralkomitees als Kandidaten für das Parlament "auf Grund der Vorschläge der Werktätigen" nominiert. Unter diesen Kandidaten befindet sich der deutsche Parteisekretär Bruno Köhler, der im Wahlbezirk Brück aufgestellt wurde. Von Bruno Köhler hat man in der Öffentlichkeit schon lange nichts mehr gehört. Er gehört zu den wenigen kommunistischen Funktionären in der Tschechoslowakei, die bisher alle Parteisäuberungen heil überstanden haben, und der sogar seine bisher schwerste Bedrohung - im Slansky-Prozess - zu meistern vermochte. Seit damals gilt er als besonderer Vertrauensmann des Kreml.

Das neue Parlament wird in erster Linie eine neue Verfassung zu beschließen haben, deren Entwurf bereits in der Beurichten, auf allgemeinen Versammlungen und in den Zeitungen propagiert wird. In dieser Verfassung wird das Recht der ungarischen, polnischen und ukrainischen Minderheit auf ein eigenes nationales Schulwesen und auf die besonders kulturelle Betätigung garantiert, die deutsche Minderheit jedoch nicht einmal erwähnt. Dabei sind die Deutschen in der Tschechoslowakei mit einer offiziellen Zahl von 165 000 zahlenmäßig stärker als die Polen und Ukrainer. Bei der Begründung der neuen Verfassung wurde amtlich erklärt, die deutsche Frage sei bereits bei der Aussiedlung der Deutschen 1945/46 "endgültig" gelöst worden; die "Prager Deutsche Zeitung" versucht die Missachtung der Deutschen in der Verfassung damit zu begründen, daß sie "nicht geschlossen siedeln" und für sie daher ein deutsches Schulwesen nicht möglich sei.

Unter diesem Gesichtspunkt werden die deutschen Kandidaten bei den Wahlen ins Parlament zu bloßen Jaagern degradiert, die offensichtlich der Prager Regierung das Argument liefern sollen, daß auch die Deutschen in der Tschechoslowakei der neuen Verfassung zugestimmt hätten, die ihnen keine nationalen Rechte einräumt. Neben dem Parteisekretär Bruno Köhler kandidieren die bisherigen deutschen Abgeordneten Josef Pötzl im Wahlbezirk Falkenau/Ost und Rudolf Müller, der den alten Wahlbezirk Gablonz II vertritt, im neuen vergrößerten Wahlbezirk Gablonz/Pannwald.

"Die DRP-Versammlung findet nicht statt!"

H.V. - Die rechtsextremistische Deutsche Reichspartei (DRP) hat in den letzten vierzehn Tagen dreimal eine Schlappe einstecken müssen, die ihr gezeigt haben dürfte, daß es den "Rechteradikalinskie" genau so wenig gelingen wird, politischen Boden in der Arbeitnehmerschaft zu gewinnen, wie seinerzeit den Ultralinken von der KPD. In der alten Nazimaniere, nämlich mit unrichtigen Behauptungen und Angriffen, versucht die DRP im Ruhrgebiet die Bergbaukrise zur Spaltung zwischen Gewerkschaftsführung und -mitgliedschaft auszunutzen und läßt unter dem Motto "Bergarbeiter, das geht Dich an" zu DRP-Versammlungen ein.

Dank der Wachsamkeit der IG Bergbau und ihrer Mitglieder - und hierbei insbesondere der jungen Bergarbeiter - scheiterten in den letzten vierzehn Tagen dreimal solche Versuche der DRP, sich in der Bergarbeiterstadt Gelsenkirchen in Szene zu setzen. Dreimal prangten an den von den Rechteextremisten für ihre Versammlung in den verschiedenen Stadtteilen vorgesehenen Gastwirtschaften Plakate mit der Aufschrift "Die DRP-Versammlung findet nicht statt", um für die gleiche Zeit und am gleichen Ort denn Gewerkschaftsversammlungen anzukündigen, auf denen führende Funktionäre der IG Bergbau, darunter auch der 1. Vorsitzende der IG Bergbau, Heinrich Guterath, das Wort ergriffen. Daß die DRP solcherart ausgebootet werden konnte, lag einmal daran, daß die Versammlungslokale mit hunderten von Gewerkschaftsmitgliedern überfüllt waren und zum anderen die Gastwirte verständnisvoll genug waren, nach ortsprechender Aufklärung über den rechtsextremistischen Charakter der DRP ihre Zusagen an diese Partei hinsichtlich der Saalvermietung zugunsten der IG Bergbau zurückzuziehen.

In der Tat, eine begrüßenswerte aktive Haltung der Gewerkschaften, die noch ihre hervorragende Unterbreitung durch die Ausführungen des 1. Vorsitzenden der IG Bergbau, Heinrich Guterath, findet, der die vorgesehene Themenstellung der DRP-Redner beischreibt: "Wer ist die DRP?" Guterath warnte seine Bergarbeiter ("Traut diesen DRP-Leuten nicht") und erinnerte daran, wie eindeutig die DRP das Sammelbecken alter Nazis ist, "die nicht vergessen, aber auch nichts dazu gelernt haben". Er nannte die Namen dieser "Ehemaligen", die in der DRP-Spitze führend tätig sind, und die dieser Partei den Stempel aufgedrückt haben.

Gutermuth betonte, daß er nicht die Frechheit verstehe, mit der diese Leute wieder in die politische Arena zu treten versuchen, obwohl sie eine große und vom Blut und Leid des deutschen Volkes gekennzeichnete Schuld auf sich geladen haben. Er erinnerte daran, daß schon 1935 der damalige Vorsitzende des alten Bergarbeiterverbandes, der Sozialdemokrat Fritz Husemann, von der Nazia im KZ Esterwegen erschossen wurde, und daß über sechzig Prozent (!) der damaligen hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionäre von den Nazia in die Zuchthäuser und KZ's geworfen und im Laufe der "1000 Jahre" vergast und gehängt wurden. Er ließ auch nicht unerwähnt, daß Teile der deutschen Industrie die Hitler-Partei finanziert und der Weg der Nazia dann in den totalen Zusammenbruch geführt hat.

Gutermuth gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß die in der DRP zusammengeschlossenen "Ehemaligen" genau wie in den Zeiten der Weimarer Republik versuchen werden, mit Hilfe unserer demokratischen Verfassung und deren Grundrechte "den demokratischen Staat zu vernichten". Alle Demokraten sollten sich deshalb mit aller Kraft diesen Anfängen entgegenstellen, und für die Gewerkschaften erklärte Gutermuth, daß die DRP sich darüber klar sein sollte, "daß an unserem Widerstand ihre politischen Wünsche zerbrechen" werden.

Wir meinen dazu, daß die Gewerkschaften in dieser Auseinandersetzung mit den Gegnern unserer Demokratie nicht allein gelassen werden dürfen, sondern hier auch die Staatsorgane sich ihrer besonderen Verpflichtung zum Schutz der Demokratie bewußt werden müssen.

Bundesinnenminister Schröder, als amtlich bestellter Verfassungsschützer, sollte besser weniger Kraft für ein Notstandsgesetz verwenden, das die demokratischen Rechte der Gewerkschaften einzuschränken droht, als sich mehr um jene Extremisten von rechts zu kümmern, die - wie Gutermuth es treffend ausdrückte - nichts dazu gelernt haben und die Demokratie bedenklich gefährden.

Zur Dokumentation:

Acht Fragen an Eisenhower

Worum es dem Untersuchungsausschuß des US-Senats zur Prüfung der Ursachen des Scheiterns der Pariser Gipfelkonferenz geht

sp - Zur Zeit tagt in Washington ein Untersuchungsausschuß des Senats, der prüfen soll, welches die Ursachen - von amerikanischer Seite gesehen - für das Scheitern der Pariser Gipfelkonferenz waren.

Vor diesem Ausschuß sagen u.a. Außenminister Kerner, der Chef der amerikanischen Geheimdienste, Allan Dulles, und Mitglieder der amerikanischen Delegation bei der Pariser Gipfelkonferenz aus.

Initiatoren der Untersuchung sind die demokratischen Senatoren Fulbright und Mansfield. Die Presse ist zu den Verhandlungen des Ausschusses nicht zugelassen; jedoch wird nach Abschluß einer Sitzung der Presse ein zensiertes Protokoll übergeben.

Als Grundlage für die Durchführung der Untersuchung liegen dem Ausschuß acht von einundzwanzig Abgeordneten gestellte Fragen vor. Diese Fragen lauten:

- 1) Warum Eisenhower ankündigte, er werde sich von Nixon ablösen lassen, wenn die Gipfelkonferenz länger dauere,
- 2) warum die U 2 gerade in den Wochen vor der Konferenz über die Sowjetunion fliegen mußte,
- 3) warum sich widersprechende Erklärungen herauskamen, als die U 2 abgeschossen war,
- 4) warum Verteidigungsminister Gates von Paris aus am Sonntag, einen Tag vor Beginn der Gipfelkonferenz, den Luftalarm für die amerikanische Luftabwehr anordnete,
- 5) warum angedeutet wurde, daß weitere Flüge stattfinden würden,
- 6) warum das zivile "Nationale Amt für Weltraumforschung" (NASA) mit Spionageaufträgen betraut und kompromittiert wurde,
- 7) warum es keine Koordination zwischen dem Außenministerium und der Leitung des Geheimdienstes gab,
- 8) ob sich an der Überordnung der zivilen Autorität über die militärische etwas geändert habe.

Das Ergebnis der Untersuchung soll in Form eines von allen Ausschußmitgliedern gebilligten Textes der Öffentlichkeit übergeben werden.

- + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel